

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

30.9.1930 (No. 227)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM., einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen ist die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung zu befragen, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je 6 Stk. 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Neue Enthüllungen Bessedowskis Angebliche Hitler-Dokumente

Genève, 30. Sept. (Priv.-Tel.) Der ehemalige Botschaftsrat an der sowjetrussischen Botschaft in Paris, Bessedowsky, dessen Enthüllungen verschiedentlich bewertet worden sind, macht durch eine Dokumentenveröffentlichung von sich reden, die nach seiner Ansicht Beweise für eine Fühlungnahme zwischen sowjetrussischen Agenten und nationalsozialistischen Kreisen, ja sogar Adolf Hitlers selbst, darstellt. Die sechs Dokumente Bessedowskis, bestehend aus zwei Quittungen, zwei Briefen, die nur den Charakter von Begleitschreiben tragen, und zwei Briefen, die vertrauliche Berichte von Sowjetfunktionären über angeblich geheime Besprechungen darstellen, erscheinen heute in der nationalsozialistischen Zeitung „Völkische“. Die Schriftstücke tragen Daten vom Mai und Juni 1930.

Als Kernstück der Enthüllungen betrachtet der Urheber der Veröffentlichung wohl das sechste und letzte Schriftstück, das auch das bei weitem umfangreichste ist. Sein Inhalt läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß in Garmisch-Partenkirchen am 16. Juli in einer Villa eine Zusammenkunft zwischen sowjetrussischen Agenten und nationalsozialistischen Bevollmächtigten stattgefunden haben soll. Die Besprechungen liefen darauf hinaus — immer nach Bessedowsky —, daß die Sowjetunion der nationalsozialistischen Partei 5 Millionen Reichsmark für Wahlzwecke zur Verfügung stellen sollte. Die Gegenleistung der Nationalsozialisten wird skizziert in Erklärungen, die — immer nach den Enthüllungen — von nationalsozialistischer Seite zur Verfügung gebracht wurden. Sie bewegen sich etwa in folgenden Gehaltungen:

Die NSDAP. erkenne die Sowjetregierung als die einzige und einheitliche nationale Regierung des alten Rußlands an, aber sie halte es aus Erwägungen taktischer Art nicht für möglich, diesen Standpunkt offen zu proklamieren. Die Nationalsozialistische Partei bekämpfe den Kommunismus, rechne aber mit seinem engherigen Wert unter den Arbeitermassen und sei bereit, eine Arbeiterregierung zu unterstützen, wenn eine solche Regierung zustande komme, unter der Bedingung, daß sie das Programm der nationalen Wiedergeburt bewirkliche, über dessen Grundsätze bei einer früheren Zusammenkunft in Linz diskutiert worden sei. Der russische Vertreter, Kuf, hat angeblich keine Einwendungen grundsätzlicher Art vorzubringen gehabt, und es soll dann über die Art und Weise der Überweisung des Geldes gesprochen worden sein. Als nationalsozialistische Vertreter werden genannt: Major Schneiderhuber, München, Dr. Fabricius, Berlin, Hauptmann Stennes, Berlin, Rathmeier von Detsen, Dresden, und Ingenieur Dorich, Berlin. Das angebliche Dokument selbst ist in der Form eines Berichtes des Vertreters der Sowjetrußlands in dieser Sitzung an eine übergeordnete sowjetrussische Stelle aufgezogen.

Die Nachkriegsjahre haben gelehrt, daß es gut ist, solchen Veröffentlichungen zunächst mit einer gewissen Skepsis gegenüberzutreten. Die nationalsozialistische Presse Frankreichs operiert seit langem gerne mit dem Schreiegepost der Zusammenarbeit zwischen rechtsgerichteten Kreisen Deutschlands und Sowjetrußlands. In dieser Tatsache dürfte aller Voraussicht nach wohl auch der richtige Maßstab zur Bewertung der Bessedowskischen Veröffentlichungen gegeben sein.

Die Regierungsbildung in Oesterreich Seipel Außenminister

Wien, 30. Sept. (Tel.) Dr. Seipel hat, wie die „Reichspost“ meldet, die Einladung des Vizekanzlers Baugoin, in die zu bildende Regierung als Außenminister einzutreten, angenommen. Das Ministerium für Verweswesen will Baugoin persönlich weiterführen. Die Heimatschutzverbände würden in dem Ministerium durch eine oder mehrere Persönlichkeiten vertreten sein, doch sei es nicht unwahrscheinlich, daß Fürst Starheimberg selbst in die Regierung berufen werde. Jedenfalls sei heute der Abschluß der Regierungsbildung zu erwarten. Die neue Regierung werde die baldige Durchführung der Wahlen einleiten, für die als letzter Termin der 16. November in Betracht käme.

Demgegenüber veröffentlicht die nationalsozialistische „Deutsch-Oesterreichische Zeitung“ eine Kundgebung Fürst Starheimbergs, in der dieser erklärt, daß der schärfste Kampf gegen den Marxismus nur wirksam werden könne auf einer tragfähigen antimarxistischen Grundlage. Die Heimwehführung mauchte in letzter Stunde zur Einigkeit. Sollte dieser Ruf ungehört verhallen, so sähe sie sich vor neue Entschlüsse gestellt, ausgehend von dem Grundgedanken: Volksinteresse über Parteinteresse.

48-Stunden-Woche im Leunawert

Wien, 30. Sept. (Tel.) Die Ammoniakwerke Merseburg, G. m. b. H. (Leunawert) geht in den durchlaufenden Bedarfsbetrieben von der 48-Stunden-Woche auf die 48-Stunden-Woche über. Dadurch können rund 700 Arbeiter, die seither mit Vollstundendarbeiten beschäftigt waren, wieder in den regulären Produktionsbetrieb eingegliedert und somit vor Entlassungen bewahrt werden. Diese Maßnahme ist vorübergehend bis zum Eintritt besserer wirtschaftlicher Verhältnisse vorgesehen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist zu ihrer ersten Sitzung nach den Wahlen auf Freitag, den 3. Oktober, vormittags einberufen worden. Wegen Verabschiedung Severings wurden in Berlin zwei Redakteure der „Kölnischen Volkszeitung“ zu einem bzw. zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Letzte Nachrichten

Die Verhandlungen über das Sanierungsprogramm Veröffentlichung erst heute abend

Genève, 30. Sept. (Priv.-Tel.) Von unterrichteter Seite wird nunmehr bestätigt, daß der Reichskanzler die Besprechungen über die Durchführung des Sanierungsprogramms bereits im Laufe des heutigen Vormittags aufnimmt. Der Reichspräsident fährt vormittags von der Schorfheide nach Berlin zurück und wird den Kanzler um 12 Uhr empfangen. Im Anschluß daran wird der preussische Ministerpräsident Braun, der ebenfalls wieder in Berlin ist, den Kanzler besuchen. Die Besprechungen spielen sich also nicht, wie von einigen Morgenblättern angenommen wurde, in der Schorfheide ab. Die Veröffentlichung des Programms wird, wie vorgesehen, heute abend erfolgen.

Die Behandlung der Memelbeschwerde Heute Verhandlung vor dem Völkerbundsrat

Genève, 30. Sept. (Tel.) Die bekannte Beschwerde der Memelländer, die auf einen Antrag des deutschen Außenministers, Dr. Curtius, auf die Tagesordnung der heutigen Ratstagung gesetzt worden ist, dürfte in der für heute nachmittag angeordneten Sitzung des Völkerbundsrates zur Behandlung kommen. Es handelt sich dabei zunächst um den Teil der Beschwerde, der sich auf die Durchführung der bevorstehenden Wahlen im Memelgebiet bezieht, und dessen vorläufige Behandlung und Erledigung die Memelländer gewünscht haben. Da die direkten Verhandlungen zwischen den deutschen und den litauischen Vertretern heute vormittag noch nicht abgeschlossen waren, ist es möglich, daß die Sitzung noch eine kurze Verzögerung erfährt. Falls die direkten Verhandlungen zu einer Einigung führen, dürften der deutsche und der litauische Außenminister entsprechende Erklärungen vor dem Rat abgeben. Die anderen Beschwerden bedürfen einer eingehenden Prüfung. Es besteht auf deutscher Seite der Wunsch, daß diese Prüfung gründlich vorgenommen wird, damit der Völkerbundsrat, der die Garantieverpflichtungen für die autonomen Rechte des Memelgebietes übernommen hat, auf seiner Tagung im Januar eine endgültige und gutgegründete Entscheidung treffen kann.

Die Notlage auf dem Kartoffelmarkt

Wien, 30. Sept. (Tel.) Angesichts des völligen Zusammenbruchs der Kartoffelpreise und der dadurch entstandenen Notlage der kartoffelbauenden Landwirtschaft hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft auf Mittwoch, den 1. Oktober, neben den Spitzenorganisationen der Landwirtschaft Vertreter des Kartoffelbauers, der Kartoffel verarbeitenden Industrie, der Genossenschaften und des Handels zu einer Konferenz eingeladen, um mit den beteiligten Kreisen über die bereits eingeleiteten und die noch zu ergreifenden Maßnahmen zur Behebung der dringenden Notstände zu beraten.

Ein Hilferuf der Stadt Hagen

Hagen, 30. Sept. (Tel.) Oberbürgermeister Dr. Raabe hat sich durch die Finanzgrundlage der Stadt veranlaßt gesehen, einen Hilferuf an die preussische Staatsregierung zu richten, da es trotz Verzögerung aller verfügbaren Steuerquellen der Stadt nicht möglich ist, den im Haushaltsplan für das Etatsjahr 1930 bestehenden Fehlbetrag in Höhe von 3,8 Millionen Reichsmark auszugleichen. Hagen ist von der herrschenden Arbeitslosigkeit besonders schwer betroffen. Die Staatsregierung wird nun gebeten, an die Stadt Hagen einen Zuschuß von 2½ Millionen Reichsmark zu überweisen und sofort zur Prüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Stadt einen Regierungskommissar zu entsenden. Die städtischen Beamten und die Gehaltsempfänger der der Verwaltung nachstehenden Unternehmen haben die allmonatliche Abgabe eines Teiles ihres Gehaltes an die Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen der Stadt beschlossen, und richten an alle Hagenener Beamte der Reichs- und Staatsbehörden sowie an alle festbesoldeten der Privatbetriebe einen Aufruf für ein freiwilliges Opfer, das die Abgabe von 1—30 Prozent der Monatsgehälter für Jahreseinkommen von 5000—30 000 Reichsmark vorzieht.

Lord Birkenhead †

London, 30. Sept. (Tel.) Lord Birkenhead ist heute im Alter von 83 Jahren gestorben.

Gespannte Lage in Spanien

Madrid, 30. Sept. (Tel.) Wie dem „Journal“ aus Madrid gemeldet wird, soll die Lage in einem Teil von Spanien gespannt sein. In Santiago sei der Belagerungszustand ausgerufen worden. Der Streit habe von dort auf La Coruna und Ponte Verda übergreifen, wo es am Abend zu blutigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizei kam. Auch in Oran sei am Abend der Generallstreik ausgebrochen; die Läden seien geschlossen und die Zeitungen würden nicht erscheinen. In Vigo sei ein 48stündiger Generallstreik ausgerufen worden. Alle diese Streiks hätten den Zweck, die Bevölkerung von Lugo zu unterstützen, die auf die Abberufung des bisherigen Gouverneurs dieser Provinz dränge.

* Reichsregierung und Parlament

Das Programm der Reichsregierung ist nunmehr abgeschlossen. Die letzten Beratungen des Reichskabinetts haben gestern in der zwölften Stunde ihr Ende erreicht. Die Veröffentlichung des Programms erfolgt heute abend.

In der politisch interessierten Öffentlichkeit wird seit gestern die Frage erörtert, welches die Aussichten der Reichsregierung im Parlament sind, und ob überhaupt mit dem Parlament weiter regiert werden kann oder nicht. Eigentlich ist ja diese ganze Diskussion verfrüht, da sie keine rechte sachliche Unterlage hat. Denn das Programm selbst, von dessen Beschaffenheit zunächst alles weitere abhängt, liegt noch nicht vor. Aber man darf der Presse wegen ihrer Boreiligkeit gewiß nicht zürnen, da es diesmal wirklich die Sorge um unsere ganze inner- und außenpolitische Lage ist, welche das Motiv ihres Handelns bildet.

Nach einem Artikel des Berliner Vertreters der „Kölnischen Volkszeitung“ gibt man in Kreisen der Reichsregierung die Hoffnung noch nicht auf, mit dem Parlament regieren zu können. Allerdings stehe der Glaube an diesen Reichstag auf sehr schwachen Füßen. Und außerordentliche Zeiten könnten auch außerordentliche Maßnahmen notwendig machen. Eine vorübergehende Aussetzung des Reichstages sei noch nicht das Ende des parlamentarischen Systems. Diese oder auch eine erweiterte, auf staatsstreue Kräfte sich stützende Regierung würde zweifellos in der Lage sein, Ruhe und Ordnung in Deutschland zu garantieren. Die Regierung müsse unter allen Umständen das Heft in der Hand behalten.

In einem gewissen Widerspruch zu dem eben Gesagten heißt es dann an einer anderen Stelle des Artikels, „die Aufgabe, welche von der Reichsregierung zu lösen sei, könne von ihr nur bewältigt werden, wenn sie sich auf eine feste Mehrheit stütze, die gewillt und entschlossen ist, Experimente, wie Mißtrauensanträge usw. von vornherein abzuwehren.“

Es ist gut, daß jetzt schon an die Möglichkeit solcher Mißtrauensanträge erinnert wird. Denn nach Artikel 54 der Reichsverfassung muß das Kabinett zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Mißtrauen entzieht. Die Möglichkeit, daß ein solches Mißtrauensvotum angenommen wird, besteht. Wenn Deutschnationale (41 Abgeordnete), Nationalsozialisten (107) und Kommunisten (77) dafür sind, und nur etwa die Hälfte der Sozialdemokraten gleichfalls dafür stimmt, wäre eine Mehrheit gegeben. Praktisch könnte der Wunsch der „Kölnischen Volkszeitung“ nach Bildung einer festen Mehrheit gegenüber Mißtrauensanträgen nur dann erfüllt werden, wenn entweder die sozialdemokratische Reichstagsfraktion oder die äußerste Rechte mit dem Gros ihrer Abgeordneten das Mißtrauensvotum ablehnen.

Zimmerhin ist es sehr beruhigend, daß in Berlin der feste Wille besteht, unter allen Umständen eine Fortführung der Geschäfte, eine Erledigung der großen Reformaufgaben zu garantieren, und zwar im schlimmsten Fall auch in der Weise, daß das Kabinett unter Vertagung des Parlaments mit Hilfe des Artikels 48 regiert. Man muß nun von vornherein unterscheiden zwischen einer Abstimmung über ein Mißtrauensvotum, welches den Rücktritt des Kabinetts zur Folge haben würde, und der Abstimmung über das Programm. Es ist durchaus möglich, daß das Programm abgelehnt wird, daß aber ein Mißtrauensvotum keine Mehrheit findet, und zwar deshalb nicht, weil man auf der gemäßigten Linken den Rücktritt des Kabinetts und damit die Bildung eines neuen nicht riskieren will. Würde ein Mißtrauensvotum angenommen, dann müßte ein neues Kabinett gebildet werden. In einem Teil der Berliner Presse wird auch bereits die Frage erörtert, wie im großen und ganzen ein solches neues Kabinett auszuweisen hätte. Wahrscheinlich würde es dann in personeller Beziehung anders aussehen als das heutige.

Schon die Wahl des Reichstagspräsidiums wird bemerkenswerten Aufschluß darüber geben, wie nun die Entwicklung verläuft. Denn man rechnet damit, daß die Nationalsozialisten als stärkste nichtsozialistische Partei den Anspruch auf den Posten des Reichstagspräsidenten erheben werden. Wird dieser Anspruch in der Abstimmung abgelehnt, so würde das eine genau so große politische Bedeutung haben, nur im umgekehrten Sinne, wie, wenn der Anspruch durchginge.

Einstweilen kommt, wie gesagt, alles auf das Programm selbst an. Wenn es so gehalten ist, daß es den Anschauungen einer der großen Oppositionsparteien entgegenkommt, werden seine Aussichten im Parlament vielleicht nicht so schlecht sein. Nach allen bisherigen Veröffentlichungen ist aber wohl anzunehmen, daß das Programm, so einschneidend seine Bestimmungen auch sind, weder den Sozialdemokraten noch der äußersten Rechten gefallen wird. Und, was diese äußerste Rechte anlangt, so liegt ihre Hauptforderung ja bekanntlich überhaupt nicht auf dem Gebiet der Reichspolitik, sondern auf dem Gebiet der preussischen Politik; man fordert für Preußen Neuwahlen, da nach dem Resultat der Reichstagswahl die dort regierende Mehrheit zur Minderheit geworden sei, und würde dann ein Rechtskabinett zu bilden versuchen.

Die Aufgabe des Kabinetts Brüning ist wahrlich überaus schwer. Das Kabinett steuert einen Kurs, der genau in der Mitte zwischen Scylla und Charybdis, zwischen zwei drohenden Strudeln hindurchführen soll. Eine Hinneigung des Kabinetts zur Sozialdemokratie hin würde das Schiff sofort zum Scheitern bringen. Eine Hinneigung zur äußersten Rechten hin gefährdet die Sicherheit des Schiffes aber genau so. Wenn ein Artikel der „Berliner Germania“ die Stimmung innerhalb der Zentrumsfraktion in Berlin richtig wiedergibt, dann ist man dort entschlossen, sich nicht mit den Nationalsozialisten einzulassen. Allerdings wird das Programm des Kabinetts vom Reichskanzler sowohl der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wie den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten mitgeteilt werden. Das heißt: der Reichskanzler wird — und zwar wahrscheinlich schon morgen — mit den Führern der genannten drei Parteien über das Programm verhandeln. Bei dieser Gelegenheit wird er am besten ersehen können, ob und wie auf das Zustandekommen einer Mehrheit im Parlament zu rechnen ist.

Die Lage des Kabinetts ist noch aus einem andern Grunde außerordentlich schwierig, aus einem Grunde, der vielfach übersehen wird. Man darf nicht vergessen, daß sich die heftigsten Auswirkungen des Programms in der Hauptsache erst im nächsten Jahre bemerkbar machen werden. Die Nöte der nächsten Monate, die Nöte des kommenden Herbstes und des Winters werden durch dieses Programm kaum wesentlich gelindert werden können. Die Stimmung im Volke aber ist bis zum Zerreißen gespannt. Nach der Ansicht mancher Politiker ließe sie sich gewißmäßig einigermaßen beschwichtigen, wenn man gewisse Forderungen mehr populärer Art bewilligen würde, Forderungen, die sehr stark personeller und lohn- bzw. gehaltspolitischer Natur sind.

Eine Kammererwahl in Paris. Am Sonntag fand im 20. Pariser Wahlkreis eine Kammererwahl für den verstorbenen sozialistischen Abgeordneten Luquet statt. Es muß eine Stichwahl vorgenommen werden. Der kommunistische Kandidat, Thoren, erhielt 4256 Stimmen, der sozialistische 3673 Stimmen. Als das Wahlergebnis bekannt wurde, kam es zu ziemlich heftigen Zusammenstößen zwischen kommunistischen Demonstranten und der Polizei. Ein Restaurant wurde vollständig demoliert und es gab eine ganze Anzahl von Verletzten. Die Polizei nahm 90 Verhaftungen vor.

Eine russische Note an Finnland. Der russische Außenminister Litwinow übergab dem finnländischen Vertreter in Moskau eine Note, in der die Antwort Finnlands auf den Einspruch der Sowjetunion gegen die gewaltsame Beförderung finnländischer Bürger über die Sowjetgrenze als ungenügend bezeichnet und sofortige Einstellung gewaltsamer Abschiebungen über die Grenze verlangt wird.

Nähertritt des Präsidenten von Ecuador. Präsident Ujora von Ecuador hat dem Kongreß seinen unabweislichen Rücktritt mitgeteilt. Innerhalb weniger Wochen sind nunmehr vier Staatspräsidenten in Südamerika zurückgetreten.

Deutschlands größte Erdölsonde

Wie der „Dt. Allg. Ztg.“ aus Hannover gemeldet wird, hat die Gewerkschaft Ewerath-Hannover in ihrem Felde bei Nienhagen, und zwar im westlichen Teile des sogenannten Nordfeldes, eine neue sehr bedeutende Erdölsonde erschlossen. Der Öl- und Gasaustrich an dieser Bohrung ist derzeit stark, daß regelmäßig täglich 16 Tonnen selbständig auslaufen. Am ersten Tage wurden auf diese Weise rund 400 Tonnen ausgeworfen. Das ist eine Produktion, die bis dahin in Deutschland noch nicht erreicht wurde. Der Ausfluß dauert unvermindert an. Die Gewerkschaft Ewerath verfügt im Anschluß an das bereits in Förderung befindliche Gebiet über große geschlossene Erdölerechtfame.

Kleine Chronik

In Elberfeld kam es vor dem Arbeitsgericht zu kommunistischen Ausschreitungen. Ein Vertreter des Arbeitgeberverbandes wurde von einem Kommunisten niedergeschlagen und schwer verletzt.

Der älteste Bürger Westfalens, Landwirt Johann Geisterkamp, ist im Alter von 104 Jahren in Bocholt an Altersschwäche gestorben. Der alte „Pannemann“, wie er im Volksmund heißt, hatte im Laufe dieses Jahres, verhältnismäßig rüstig, seinen 104. Geburtstag gefeiert.

Das für Bierlinge gewiß seltene Fest des fünfzigsten Geburtstages feierten in Münchenbuchsee bei Bern, wie der „Bund“ berichtet, die Geschwister Gehri. Die Bierlinggeschwister Oskar, Verta, Rosa und Arthur Gehri kamen am 26. September 1880 in Oberlindach zur Welt. Ihr Vater war der Kunstmaler Karl Samuel Gehri, der sich namentlich der malerischen Darstellung bernischen Volkstums gewidmet hatte und der z. B. an der Illustration der Bahnschen Ausgabe der Werke von Jeremias Gotthelf mitwirkte.

Nordchina wird von einer ersten Pestepidemie bedroht, die sich rasch über ganz Nordchina ausgebreitet. Die Pest, die als Lungenpest sowie auch als Beulenpest auftritt, hat ganze Dörfer ausgerottet, und die von Rausch ergriffenen Einwohner fliehen aus der heimgegriffenen Gegend und lassen die Toten unberührt.

Nach einer Meldung aus Grandhaven (Michigansee) ist in einem furchtbaren Sturm eine mit Steinen beladene Schleppe mit zwei Weilen von Grandhaven entfernt, auf dem Michigansee untergegangen. 11 Menschen sind dabei ums Leben gekommen.

Wahlbeteiligung: 82 Prozent

Unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters Dr. Wagemann hielt am Montag der Reichswahlprüfungsausschuss in Berlin eine Sitzung ab, um das endgültige Ergebnis der Reichstagswahl festzustellen. Da die amtlichen Ergebnisse aus den einzelnen Wahlkreisen ganz vorliegen, besteht die Aufgabe des Reichswahlprüfungsausschusses nur noch darin, die Reststimmen für die Reichsliste zu verrechnen. Die Verrechnung, deren Ergebnis bereits bekannt ist, wurde vom Ausschuss gebilligt. Aus dem amtlichen Zahlenergebnis ist noch festzustellen, daß die Wahlbeteiligung 82 Proz. betrug. Insgesamt wurden 84 966 728 gültige Stimmen abgegeben, ferner 267 741 ungültige. Der neue Reichstag wird, wie bereits bekannt, aus 577 Abgeordneten bestehen.

In der Sitzung des Reichswahlprüfungsausschusses wandten sich die Abg. Dittmann (Soz.) und Laverrenz (DfL.) gegen die Art der Verteilung der Reststimmen bei dem gemeinsamen Wahlvorschlag der Konservativen, des Landvolks und der Hannoveraner. Diese Verrechnung entspreche nicht dem Sinn und dem Geist des Wahlsystems, das verlange, daß zunächst ein Mandat in einem Wahlkreis erreicht werde, ehe ein weiteres auf der Reichswahlliste hinzutrete. Präsident Wagemann stellte fest, daß hier eine Rüge im Wahlsystem vorliege, das kein direktes Verbot eines solchen Zusammengehens enthalte. Es wurde noch angefügt, daß sich auch das Wahlprüfungsgericht mit dieser Frage beschäftigen werde.

Die Untersuchung der Berliner Skandale

Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags über die „Mißstände in der Berliner Stadtverwaltung“ nahm seine Arbeiten wieder auf. Es werden die Einstellungsbeschlüsse erörtert, die den Oberbürgermeister Böß betreffen.

Der Berichterstatter Koenneke (D.Nat.) verliest u. a. den Einstellungsbeschluss des Generalstaatsanwalts vom 12. April 1930. In diesem Untersuchungsverfahren handelt es sich um die in der Skandale-Affäre gegen Böß erhobenen Vorwürfe. Die Staatsanwaltschaft referierte hier u. a. über die Behauptung, daß Frau Böß von den Skandals billig eingekleidet und mit Pelzen versorgt worden sei, und erwähnt auch eine Behauptung der Anzeige, wonach die Skandals auch an die „Freundin des Oberbürgermeisters Böß, Frau Obermagistratsrat Windisch“ geliefert haben sollen. Als Gegenleistung solle Böß die für die Stadt ungünstigen Lieferungsverträge gekannt und gebildet haben. Nach Angaben des nun verstorbenen Leiters der städtischen Anschaffungsstelle, Obermagistratsrats Schallbach, sei aber Böß nicht nachgewiesen gewesen, daß seine Behauptung, er habe die Verträge nicht gekannt, unrichtig wäre. Böß habe auch zum Beispiel bei Grundstücksgeheimnissen für die Skandals ungünstige Beschlüsse herbeigeführt. Es sei zwar fest, daß Böß durch die Belieferung mit Waren seitens der Skandals nicht unerhebliche Vorteile gehabt habe. Es sei Böß aber nicht nachgewiesen, daß er diese Vorteile für in sein Amt einschlagende Handlungen genommen habe. Das Verfahren sei daher einzustellen gewesen.

Am Montag die Berufsungsverhandlung gegen Oberbürgermeister Böß vor dem 9. Senat des Oberverwaltungsgerichtes in Berlin möglichst unbemerkt von der Öffentlichkeit begangen zu lassen, hatte man zu verschiedenen Maßnahmen gegriffen. Der Oberbürgermeister kam bereits eine Stunde vor Beginn der Verhandlung, völlig unbemerkt vom Publikum. Den Pressevertretern wurde sogar der Zutritt zum Gebäude verweigert, ebenso wurden alle telefonischen Auskünfte über die Zusammenkunft des Senats und die vermutliche Dauer der Verhandlung abgelehnt.

Vortrag des früheren Reichskanzlers Müller in Zürich

Der frühere Reichskanzler Hermann Müller sprach am Sonntag im großen Saal der Tonhalle, auf Einladung des Lesekreises Hottingen über das Thema „Deutsch-französische Annäherung als Garantie des europäischen Friedens“. Der Saal war vollbesetzt. Unter den Anwesenden bemerkte man den deutschen Gesandten, Dr. Müller, Vertreter der Kantonsregierung und der städtischen Behörden.

Eine Verständigung zwischen beiden Ländern liege nicht nur im Interesse dieser beiden Länder, sondern im Interesse ganz Europas. Eine völlige Einigung Europas erziele nur dann durchführbar, wenn auch der Wille zur politischen Verständigung da ist. Der Redner beschäftigte sich dann mit der Frage einer etwaigen europäischen Sektion im Völkerbund. Zu den Aufgaben dieser Sektion werde u. a. die Vorbereitung des Anschlusses Österreichs an Deutschland gehören. Nichts habe dem Völkerbund mehr geschadet, als daß er in lebenswichtigen Fragen nicht über das Diskutieren hinausgekommen sei. Zum Schluß wandte sich der Redner dem Wahlergebnis in Deutschland zu und betonte mit Nachdruck, daß eine Verständigungspolitik heute ebenso notwendig sei wie vorher. Notwendig sei aber auch ein Verständnis des Auslandes für die Lage Deutschlands. — Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Verbilligter Frischfleischbezug für die Rinderbemittelten

Das zollfreie Gefrierfleischkontingent ist bekanntlich am 1. Juli in Zürich angekommen. Mit Rücksicht auf die starken Vereinderungen des Handels werden auf Grund der im Gesetz vorgesehenen Übergangsvorschriften noch bis zum 13. Dezember 12 500 Tonnen Gefrierfleisch zur zollfreien Einfuhr eingelassen. Entsprechend einer Erklärung, die der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bei der Beratung des Gesetzes abgegeben hat, wird die Reichsregierung, nachdem sämtliche beteiligte Kreise gehört sind, vom 1. Oktober an die folgende vorläufige Verordnung in Kraft setzen:

Den Rinderbemittelten in den Gemeinden, denen bisher zollfreies Gefrierfleisch zugeteilt worden war, erhalten künftig Bezugscheine zum verbilligten Bezug von Frischfleisch. Aufgabe der Gemeinden ist es, den Kreis der wirklich Rinderbemittelten festzustellen. Die Verbilligung soll 20 Pf. pro Pfund betragen. Die erforderlichen Geldbeträge werden den Gemeinden von der Reichsregierung übermitteln.

Weizenvermahlungszwang im Oktober und November. Der Reichsminister vom 29. September enthält den Wortlaut der zweiten Verordnung über die Säge für die Vermahlung von Inlandsweizen, wonach jede im deutschen Zollgebiet liegende Mühle, die ausländischen Weizen vermahlt, in den Monaten Oktober und November 1930 mindestens je 80 Proz. Inlandsweizen zu vermahlen hat.

Feierschichten bei der Reichsbahn. Die Deutsche Reichsbahnverwaltung beabsichtigt, Arbeitseinsparungen in der Bahnunterhaltung und in den Werkstätten eintreten zu lassen, um Entlassungen von Arbeitern in größerem Umfang zu vermeiden.

Im Leipziger Hochverratsprozess gegen die drei Reichswehr-offiziere werden die Kläuders am morgigen Mittwoch beginnen. Die Urteilsverkündung erfolgt wahrscheinlich erst am Samstag, günstigstenfalls am Freitag.

Badischer Teil

Die Winterausgabe 1930/31 des Amtlichen Kursbuches für Südwestdeutschland

und die Schweiz, gültig vom 5. Oktober 1930 bis 14. Mai 1931, ist in der gleichen Ausstattung wie die Sommerausgabe 1930 erschienen.

Der Fahrplan für den Winterabschnitt enthält die alljährlich üblichen, dem schwächeren Verkehr in den Wintermonaten entsprechenden Einschränkungen im Zugverkehr. Darüber hinausgehend mußten bei sämtlichen Reichsbahndirektionen im Winterfahrplanabschnitt 1930/31 einige weitere Einschränkungen vorgenommen werden, wobei indessen auf die Bedürfnisse des Geschäfts- und Berufsverkehrs nach Möglichkeit Rücksicht genommen worden ist. Es fallen nur solche Züge aus, die dauernd schwach besetzt waren und bei denen infolge dessen die Betriebsausgaben auch nicht annähernd durch Fahrgeldeinnahmen gedeckt werden sind. Die Einschränkungen werden nötig, weil der Gesamtverkehr bei der Reichsbahn infolge der sehr ungünstigen Wirtschaftslage in Verbindung mit dem immer stärker werdenden Kraftwagenwettbewerb in diesem Jahre weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Bis jetzt sind insgesamt rund 400 Millionen Reichsmark weniger als im Vorjahre vereinnahmt worden, mit einem weiteren sehr erheblichen Einnahmefall muß leider auch für den Rest des Jahres gerechnet werden.

Im Personenverkehr liegen die Verhältnisse deshalb besonders ungünstig, weil trotz alljährlicher nicht unerheblicher Neuleistungen und der damit verbundenen Mehrausgaben sich die Zahl der beförderten Personen und damit auch die Einnahmen dauernd rückläufig bewegen. Es wäre dringend zu wünschen, daß kein erheblich weiterer Verkehrsrückgang eintritt, damit wenigstens im Sommer 1931 von Einschränkungen abgesehen und der diesjährige Fahrplan, wenn möglich sogar mit einigen Verbesserungen, wieder eingeführt werden kann.

Bei günstigen Schneeverhältnissen werden auch im Winter 1930/31 die in den letzten Jahren schon für den Bedarfsfall vorgesehenen Samstags- und Sonntagszüge wieder geführt. Sie werden von Fall zu Fall angeordnet und vertraulich. Damit sich die Reisenden auf mit dem Fahrplan verträglich machen können, sind die Winterportzüge allgemein als Bedarfszüge in den Anhangsfahrplan und in das Kursbuch aufgenommen.

Ausflugsrückfahrkarten

Vom Mittwoch, den 1. Oktober 1930 an werden an Mittwochnachmittagen von folgenden Bahnhöfen größerer Städte Rückfahrkarten mit einer Ermäßigung von 33 1/2 v. H. des Fahrpreises nach nahegelegenen Erholungsorten versuchsweise ausgeben:

Mannheim nebst Vorortbahnhöfen, Heidelberg nebst Vorortbahnhöfen, Karlsruhe und Karlsruhe-Niedersachsen, Pforzheim, Baden-Baden und Baden-Baden-West, Freiburg (Brs.) nebst Vorortbahnhöfen, Basel Bad. Bahnhof, Schaffhausen und Konstanz.

Die Karten gelten für die Hin- und Rückfahrt von 12 Uhr an. Die Rückfahrt muß spätestens bis 24 Uhr angetreten sein und ist nach 24 Uhr ohne Fahrunterbrechung, bei Zugwechsel mit dem nächsten anschließenden Personenzug, zurückzuführen. Im übrigen gelten für die Fahrunterbrechung, den Übergang in die 2. Wagenklasse und die Benutzung von Eis- und Schnellzügen die Tarifbestimmungen für Sonntagsrückfahrkarten. Das Weitere ist aus den Schalttafeln zu ersehen.

Notstandsarbeiten

Die ungünstige Wirtschaftslage wird im Laufe der nächsten Monate viele Gemeinden zur Ausführung von Notstandsarbeiten zwingen. Diese verfolgen nicht nur den Zweck, für die zahlreichen Arbeitslosen und anderen Erwerbslosen Arbeit zu schaffen, sondern es soll auch mit den aufwendenden Mitteln ein möglichst wirtschaftliches Ergebnis erzielt werden. Das ist nur bei frühzeitiger und sorgfältiger Vorbereitung in technischer wie finanzieller Hinsicht zu erreichen. Das Technische Gemeindebüro in Heidelberg, Jahrgangsstufe 38, übernimmt seit Jahren derartige vorbereitende Arbeiten wie auch die Bauleitung bei der Ausführung. Wir weisen deswegen auf das Inserat.

Zum Reher Städtetag

Zu der Aussprache auf dem 85. Badischen Städtetag in Reher über das Referat von Dr. Kaufmann, Singen, ist noch nachzutragen, daß sich der Vorsitzende des Städtebundes, Bürgermeister Reher, Raftatt, mit aller Energie dafür einsetzte, daß die Städte und insbesondere die Rathausfraktionen ihre die Bedürfnisse der Städte mitunter schwer schädigende Politik gegenüber den Aufgabegewerben der Notverordnung aufgeben, denn nur wenn diese Steuerquellen erschöpft seien, sei der Vorstand des Städtebundes in der Lage, mit dem nötigen Gewicht sich für die berechtigten Forderungen der Städte einzusetzen. Man müsse den Mut zur Unpopulärheit haben, da die Widerstände gegen die neuen Steuern nicht immer sachlich begründet seien. Solange England darauf hinweisen könne, daß es seinen Alkoholverbrauch wesentlich höher besteuere als Deutschland, solange könne man auch nicht energisch genug die deutsche Mollage betreten.

Aus den weiteren Diskussionsreden sei noch die des Bürgermeisters Reil, Triberg, erwähnt, der sich scharf gegen die Wohnungsbaugelddpolitik einiger Wohnungsfürsorgeverbände, insbesondere mit stark ländlichem Einschlag wandte. Die Regularien wurden erledigt, Vorschlag und Umlage für 1930 angenommen. Die Ergänzung des Ausschusses erfolgte durch Zuwahl der Bürgermeister Dr. Kaufmann, Singen, Dr. Trautmann, Schwetzingen, und Dr. Schmitt, Buchen.

Submissionsblüten. Zur Durchführung der Entwässerungsanlage des Ortes hatte die Gemeinde Neulohheim (bei Schwetzingen) von 14 Tiefbaufirmen Kostenvorschläge eingefordert. Es gingen darauf 10 Angebote ein, die im Gesamtbetrag zwischen 367 270 M (Grastorf-Mannheim) und 182 839 M sich bewegten. Der Gemeinderat erteilte dem Vorschlag A. Langloß, Brühl, zum Angebot von 209 186 M den Zuschlag, da die Firma mit dem niedrigsten Angebot ihren Kostenvorschlag nicht aufrechterhalten konnte.

Der Bürgerausschuß Malsch (bei Etlingen) hat den Vorschlag mit 32 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmte geschlossen die Wirtschaftspartei, weil ihr der Steuerfuß aus dem Gewerbeertrag zu hoch erschien. Dem von der Wirtschaftspartei eingenommenen Standpunkt schloß sich auch taktischen Gründen die Mehrzahl der Zentrumspartei an, so daß für die Ablehnung des Vorschlags eine Mehrheit von 6 Stimmen zustande kam.

Der Bürgerausschuß Kenzingen hat den Gemeindeveranschlag einstimmig genehmigt. Die Gemeindeumlage beträgt für das Grundvermögen 85, für das Betriebsvermögen 34 und für den Gewerbeertrag 633 Reichspfennig. Abgelehnt wurde eine Erhöhung der Gebühren für Fleischbeschau.

Landgerichtspräsident Dr. Kurzmann †

An den Folgen eines vor einigen Monaten erlittenen Auto-unfalls ist in der vergangenen Nacht im Alter von 59 Jahren im Krankenhaus in Baden-Baden Landgerichtspräsident Dr. Kurzmann gestorben. Der Verstorbenen war 1871 in Grödingen bei Karlsruhe geboren. Nach seinen juristischen Studien war er als Praktikant, Referendar und Amtsrichter in verschiedenen Städten Badens tätig und verbrachte dann den größten Teil seiner richterlichen Tätigkeit als Landgerichtsrat in Mannheim. Später wurde er Landgerichtsdirektor in Mosbach und Amtsgerichtsdirektor in Karlsruhe. Am 1. April 1929 kam er als Landgerichtspräsident nach Offenburg. Dr. Kurzmann war einer der hervorragendsten Juristen Badens, und erfreute sich als Mensch größter Beliebtheit in allen Kreisen.

Tagung des Badischen Beamtenbundes

In der am 27./28. September in Karlsruhe stattgefundenen Tagung des Badischen Beamtenbundes, die von Vertretern aus allen Teilen des Landes zahlreich besucht war, wurde die derzeitige Lage eingehend besprochen. Nachdem allseits die Bereitwilligkeit zur Beteiligung an einem allgemeinen Notopfer wiederum zum Ausdruck gekommen war, wurde folgende Entschließung gefaßt:

„Die Staatsbeamten, noch nicht zur Ruhe gekommen über die einseitige Belastung durch das Reichsnotopfer, muß mit Entrüstung feststellen, daß man seitens der Reichsregierung der allgemeinen Hege gegen die Beamten durch eine weitere Kürzung der Beamtenegehälter Rechnung tragen will. Die Beamtenschaft warnt vor Fortsetzung der sinnlosen in allgemeine Volkserhebung ausartenden Beamtenhege. An der katastrophalen Entwicklung der öffentlichen Finanzen sind nicht die Beamten und ihre Bezüge schuld. Die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage, die Folge des verlorenen Krieges, parteipolitischen Gezänns, eigensüchtige Interessenpolitik, keineswegs gemildert durch die so oft und gerne betonte vaterländische Einstellung bestimmter Wirtschaftsfreie und Führer, brutale Ausnützung der Notlage des Volkes durch Trusts und Kartelle sind die Ursachen der Finanznot, die durch eine Kürzung der Beamtenegehälter nicht behoben werden kann.“

- Die Beamtenschaft fordert:
1. eine durchgreifende Verfassungs- und Verwaltungsreform,
 2. schärfste Maßnahmen zur Unterbindung der Steuer- und Kapitalflucht,
 3. Einleitung einer ehrlich gemeinten und rücksichtslos durchgeführten Preislenkung und Senkung der unerhöhten Bankzinsen, bevor eine weitere einseitige und ungerichtete Belastung der Beamtenschaft überhaupt in Erwägung gezogen wird.“

Aus den Parteien

Der nationalsozialistische Abgeordnete Reich hat sein Mandat niedergelegt, da er in den Reichstag gewählt ist. An seine Stelle tritt Freiherr Marschall von Bieberstein.

Aus der Landeshauptstadt

Badische Lichtspiele — Konzerthaus

Nach einer langen Sommerpause, die bereits Anlaß gab zu allerlei Gerüchten, haben die Badischen Lichtspiele ihre Pforten wieder geöffnet. In einer Zeit, in der alle Sparten unserer Sprech- und Filmkunst um ihre Existenz ringen, ist es einem Unternehmen, das nicht auf Sensation eingestellt ist, doppelt schwer, sich über Wasser zu halten. Mit dem Wiedereröffnungsprogramm ist ein verheißungsvoller Anfang gemacht worden, sowohl in der Auswahl des Stüdes, als auch bezüglich des Besuches. Die Gesellschaft bedarf der weitgehenden Unterstützung, damit der gute Film uns erhalten bleibt. Dazu sind Lehrer und Erzieher, besonders aber die Eltern unserer Jugend in allererster Linie beizutragen, hier helfend einzugreifen. Die besten Reden und Vorträge helfen nichts, wenn dem Unternehmen die finanzielle Hilfe versagt bleibt. Es wäre für Karlsruhe gerade kein Ruhmsblatt, wenn die Badischen Lichtspiele eines Tages ihre Tätigkeit einstellen müßten. Nicht der Sensationsfilm, sondern der gute Kultur- und Erzählfilm tut uns not. Das zur Zeit zur Aufführung gelangende Filmmaterial ist einer nordischen Erzählung entnommen: „Vala, die Tochter des Nordens“. Was uns den nordischen Film besonders wert macht, ist die eindrucksvolle Wiedergabe in darstellerischer und landschaftlicher Beziehung. Dieser im hohen Norden spielende Film zeigt uns ganz hervorragende Aufnahmen. Die Handlung führt uns im schönsten Licht die Menschentreue der Lappländer vor. Alles in allem, ein Film voll Harmonie. — Ein Beifilm zeigt uns die Gewinnung unserer schwarzen Diamanten. Welche Gefahren unsere Bergleute täglich umlauern, das ist in eindrucksvollen Bildern festgehalten. — Die Opelmenschau bringt ihren weltumfassenden Nachrichtenendienst. Eine gutpassende Musik umrahmt das Ganze.

Zur Bebauung des alten Bahnhofgeländes wird nun von städtischer Seite festgestellt, daß in all den zahlreichen Verhandlungen zwischen Stadt und Reichsbahndirektion über den Verkauf des Geländes am alten Bahnhof weder schriftlich noch mündlich, auch nicht andeutungsweise, von einer etwa möglichen Verlegung der Karlsruher Reichsbahndirektion die Rede gewesen ist. Eine Mißfrage bei Stadtrat Köpfer hat einwandfrei ergeben, daß auch er als Redner des Abends — entgegen den Berichten über eine Bürgerversammlung — derartige in der Versammlung des Bürgervereins der Altstadt Mittelstadt nicht ausgeführt hat. Seine Bemerkungen über Neubauten, die die Reichsbahndirektion aus dem Kaufpreis in Karlsruhe erstellt, sind völlig mißdeutet worden. Ganz allgemein ist festzustellen, daß von irgendwelchen Absichten, eine südwestdeutsche Reichsbahndirektion aufzuheben, in Karlsruhe nicht das geringste bekannt ist.

Badisches Landestheater. Die ersten beiden Teile der Debelschen Nibelungentrilogie: „Der gehörnte Siegfried“ und „Siegfrieds Tod“ kommen am Dienstag, den 30. September, der dritte Teil: „Arimhilds Rache“, am Samstag, den 4. Oktober, zur Wiederholung. Die zweite Aufführung von Verdis neueinstudierter lyrisch-musikalischen Komödie „Falstaff“ erfolgt am Mittwoch, den 1. Oktober. Donnerstag, den 2. Oktober, bringt die Wiederaufführung der grotesken Komödie „Schern, Satire, Ironie und tieferer Bedeutung“ von Grabbe, und am Freitag, den 3. Oktober, geht das Lustspiel „Die Prinzessin und der Eintrager“ zum zweitenmal in Szene. Die beiden Sonntagsaufführungen des 5. Oktober sind im Landestheater Wagner „Lannhäuser“ und im Konzerthaus die Erstaufführung des Lustspiels „Wann kommst du wieder?“ aus dem Englischen von W. S. Maughan, eines der großen und nachhaltigen Lustspielerefolge des letzten Theaterjahres. In Vorbereitung befinden sich eine Neubearbeitung des Goldoni'schen Lustspiels „Der Diener zweier Herren“, nebst der Erstaufführung des alt-französischen Schwankes „Maitre Pierre Pathelin“ und die Erstaufführung des Schauspiel „Das Lamm des Armen“, des als glänzender Erzähler hochgeschätzten Dichters Stefan Zweig.

Ausstellung „Die Hauswirtschaft“

Als am Samstag, den 27. September, die Ausstellung eröffnet war, setzte gleich ein harter Betrieb in den Hallen ein. Die beiden ersten Tage brachten zusammen zick 4000 Besucher, eine Zahl, die in Anbetracht verschiedener anderer Veranstaltungen, als sehr befriedigend zu bezeichnen ist. Was von allen Besuchern sehr erfreut begrüßt wird, das ist die Gratisausgabe von Kaffee, Kakao, Tee, Milch usw. in der Dithalle. Die Besucher zeigen sich über das Gesehene sehr befriedigt, die ausstellenden Geschäftsleute freuen sich auch; sie haben bis jetzt gute geschäftliche Erfolge gehabt. — Montagabend fand der erste der im Rahmen der Ausstellung veranstalteten Vorträge statt. Prof. Dr. Friedrich von der Technischen Hochschule sprach über das Thema „Kultur-aufgaben der Hausfrau“. Der Vortragende wies darauf hin, daß wir neben unserem beruflichen Wissen geistige Lebhaftigkeit, Bildung des Herzens und Jugendlichkeit brauchen. Die Grundlagen dieser das berufliche Leben ausgleichenden Eigenschaften liegen in der Familie, ihre Förderin muß die Frau sein. Sich für diese Pflicht zu bilden, sich ihrer bewußt zu sein, das ist die Kulturaufgabe der Hausfrau. Die sehr zahlreich erschienenen Zuhörer lauschten mit größter Aufmerksamkeit dem inhaltreichen und gehaltvollen Vortrag.

Die Ausstellung zeigt in außerordentlich übersichtlicher Weise alle Dinge, die das Interesse einer jeden Hausfrau beanspruchen. Zusammen mit dem Karlsruher Hausfrauenbund hat eine große Anzahl führender Firmen ihre besten Erzeugnisse zur Schau gestellt. Einen prachtvollen Raum hat sich u. a. der Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, welcher jetzt auf 65 Jahre seines Bestehens zurückblicken kann, einrichten lassen. Er zeigt zwischen Kisten seiner Waren statistische Tafeln über Umsatz, Mitgliederbewegung, Verteilungslisten usw. Die Firma Fritz Mertel zeigt in der Ausstellung die vielfache Verwendungsmöglichkeit von Linoleum in allen Farben und Stärken für jede Geschmacksrichtung. Bemerkenswert ist ferner der Stand der Firma Bender & Co., welche in ihrem Stand die Dauerbrandöfen Kranier und die Franz-Linbach Dampföfen zeigt. Wäsche und Aussteuerartikel hat in bekannter Qualität die Firma G. Hertel ausgestellt, welche gewiß allgemeinen Beifall finden werden. Für die kalte Jahreszeit empfiehlt sich die Firma Mühlerberger. Kohlen, Koks und Bräunel werden in bekannter Güte geliefert.

Die städt. Koksverkaufsstelle wird für den Gastkoks. Gastkoks wie Jodenkoks entstehen bei der trockenen Destillation hochwertiger Steinkohle. Drei recht wertvolle Brennstoffe von hohem Brennwert. Der Gastkoks ist heizkräftig und auch heizwillig, das heißt er brennt gut, genau so, wie es der Verbraucher haben will. Natürlich darf er beim Heizen nicht in die vielen großen und kleinen Fehler verfallen, die leider gemacht werden. Wie häufig wird z. B. der Zug viel zu stark gemacht. Das ist das Bedenkliche. Alle Türen werden aufgemacht und bleiben offen, bis der Ofen glüht, bis der Koks in heller Beißglut ist. Kein Wunder, wenn der Koksverbrauch unangenehm wird und Schäden auftreten, die das Feuer und die Heizung hemmen. Kein Wunder, wenn das Heizen teuer wird und unnütz viel Mühe macht. Kein Wunder freilich, wenn dann der Koks zum Sündenbock gemacht wird. Beim Gastkoks ist es nur wie bei allen Brennstoffen. Wie sie, muß er seiner Eigenart entsprechend verwendet werden. Erst wenn der Gastkoks richtig verwendet wird, wozu auch vornehmlich die Auswahl der passenden Stützgröße gehört, dann gibt er auch her, was er hergeben kann, dann machen sich seine Vorzüge bemerkbar beim Heizen und am Geldbeutel.

Der Marzeller Mordmord kommt zur Verhandlung. Zwei Tage vor Weihnachten, am 22. Dezember 1929, wurde der seit 7 Jahren in Marzell ansonstige Fischhändler und Inhaber der weithin bekannten Forellenaquidantiale Grupp und Braun, der 46 Jahre alte Karl Braun, auf dem Heimweg aus dem Restaurant Neuer, wo er sich zuletzt aufhielt, um 1/2 Uhr abends aus dem Hinterhalt erschossen. Als der Tat dringend verdächtig wurde der 24 Jahre alte Franz Schneider am selben Tag verhaftet und in Untersuchungshaft nach Karlsruhe abgeführt. Voraussichtlich wird die Verhandlung in der im November dieses Jahres stattfindenden Schwurgerichtsperiode anberaumt werden. Der Staatsanwalt will Mordanklage erheben.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hb. Heidelberg, 29. Sept. Nach einer Meldung aus Salsburg, ist dort im 66. Lebensjahre Geh. Kommerzienrat, Generaldirektor Friedrich Artmann, nachdem er vorher in Bad Gastein zur Erholung gewohnt hatte, plötzlich gestorben. Artmann, der hier seine Wohnung hatte, war eine führende Persönlichkeit in der pfälzischen Industrie. Er war früher Direktor der Wesermühlen-Aktiengesellschaft in Gameln und trat 1900 in den Vorstand der Ludwigshafener Malmühle ein. Seit 1919 leitete er dieses Unternehmen als Generaldirektor. Er war Vizepräsident der Ludwigshafener Handelskammer und Mitbegründer größerer industrieller Verbände. Die Universität Heidelberg, deren „Gesellschaft der Freunde“ er angehörte, ehrte ihn im Jahre 1924 durch Verleihung des Ehrendoktors für Staatswissenschaften.

Hb. Heidelberg, 29. Sept. In der Nacht zum Sonntag ereignete sich hier in der nationalsozialistischen Parteigeschäftsstelle ein Unfall. Ein junger Mann hantierte mit einer Schusswaffe, die dort zum Schutz gegen etwaige Überfälle aufbewahrt wird. Ein in der Nähe stehender 19jähriger Schussmacher wurde durch den plötzlich losgehenden Schuß in den Mund getroffen und mußte sofort ins Krankenhaus geschafft werden.

Hb. Freiburg, 29. Sept. Heute abend ereignete sich an der berühmtesten Stelle, dem sog. „Schräger Weg“, der nach Offmadingen abzweigt, ein Autounfall. Ein von Freiburg kommendes, vom Amtsgerichtsrat Gipp (Krozingen) gesteuertes Auto kam ins Schleudern und wurde mit dem hinteren Teil des Wagens derartig gegen einen Straßenbaum geschleudert, daß der Wagen zertrümmert wurde. Der Mitfahrer, Herr Johann Sum, wurde sofort getötet. Eine Frau erlitt eine Schädelverletzung. Der Lenker blieb unverletzt. — Im Laufe des Montags ereigneten sich an dieser Stelle nicht weniger als vier Autounfälle, die im allgemeinen glimpflich abließen.

Hb. Freiburg, 30. Sept. Heute vormittag gegen 11 Uhr entstand in einem Kesselraum der Kunstseidefabrik Nodiasca ein Brand, der durch die starke Rauchentwicklung auf ein Großfeuer schließen ließ. Der Feuerturm, Feuerwehr und der Fabrikfeuerwehr gelang es, nach einfündigem schwerem Kampf das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Hb. Schönbau i. Schw., 29. Sept. Am Sonntagvormittag fand in Anwesenheit zahlreicher Schwarzwaldbreunde aus dem Wiesen- und Mümlental und aus der Schweiz, sowie verschiedener Vertreter der Gemeinden und Behörden, die feierliche Einweihung des neuen staubfreien Fußweges von Schönbau nach dem Weiden statt. Das Fest hatte gerade im Welchen-gebiet einen lebhaften Wandertbetrieb zur Folge.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die europäische Druckverteilung ist noch im wesentlichen unverändert und wird auch morgen Fortdauer der bestehenden Witterung bewirken. Voraussage: Keine wesentliche Änderung.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	30. September		29. September	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.33	169.67	169.27	169.61
Kopenhagen 100 Kr.	112.34	112.56	112.34	112.56
Italien . . . 100 L.	21.975	22.015	21.97	22.01
London . . . 1 Pf.	20.397	20.437	20.393	20.433
New York . . . 1 D.	4.1970	4.2050	4.1965	4.2045
Paris . . . 100 Fr.	16.47	16.51	16.465	16.505
Schweiz . . . 100 Fr.	81.435	81.615	81.44	81.60
Wien 100 Schilling	59.225	59.345	59.215	59.335
Prag . . . 100 Kr.	12.457	12.477	12.53	12.73

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 25. September d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 85 sh 4 d bzw. für ein Gramm Feingold 82,8018 pence. Der Privatgoldkurs ist für beide Sichten um je 1/8 Proz. auf 87/8 Proz. erhöht worden.

Mannheimer Produktenbörse gegen Weizenollerhöhung. Die Mannheimer Produktenbörse hat an das Reichsfinanzministerium folgendes Telegramm gerichtet: „Getreidehandel und Mühlenindustrie Süddeutschlands erheben schärfsten Protest gegen die kurzfristige Benachrichtigung über die Weizenollerhöhung. Erziehen, Landesfinanzamt Karlsruhe zu benachrichtigen, die Hauptzollämter anzuweisen, jede Härte bei der Weizenverzollung zu vermeiden. Wir im Süden des Reiches sind das Opfer der überhöhten Agrar- und Zollmaßnahmen der Regierung, und blühende Gemarkte, Getreideimporthandel, Getreidetransithandel, Mühlenindustrie, Mehl- und Futtermittelhandel, Rheinschiffahrt und Lagerhausbetrieb sind dem Untergang geweiht.“

Cafafabrik, Heidelberg. Die Firma Carl Faß & Söhne in Heidelberg und Mannheim (Cafafabrik), Kaffeehausbetrieb und Schokoladenfabrik ist in eine Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 105 000 RM umgewandelt worden. Die Aktien sind im Besitz der Familie Faß.

Die Badische Stanz- und Emailierwerk AG., Sinsheim, erlitt laut „Frankf. Zig.“ 1929 einen weiteren Verlust von 33 647 M (i. B. 14 955), bei einem Aktienkapital von 300 000 Reichsmark. Der Gesamtverlust stellt sich somit auf 51 602 Reichsmark.

Die Vogel & Bernheimer, Zellstoff- und Papierfabriken AG., Ettlingen, hielt am Montag in Karlsruhe ihre Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht ist der Ausbau der Werke nahezu vollendet, was sich in einem Zugang von 2 Millionen Reichsmark auf den Anlagelonen auswirkt. Es stehen nun die Immobilien mit 1,48 (0,88) und die Maschinen und Einrichtungen mit 2,89 (1,79 Millionen) zu Buch. Im Betriebe habe der Ausbau infolge mancher unvorhergesehener Schwierigkeiten Verzögerung und nicht so früh, wie erwartet, die Ausnutzung der erhöhten Kapazität gestattet. Außerdem habe sich seit Mitte letzten Jahres der Konjunkturrückgang fühlbar gemacht, so daß bei einer kleinen Steigerung der Unkosten und Steuern der Rohgewinn zurückging und nach 805 000 RM (300 000) Abschreibungen nur ein Reingewinn von 214 000 (400 000) erzielt wurde. Daraus wird eine Dividende von 5 (8) Proz. auf 4,2 Millionen Aktienkapital ausgeschüttet. Trotz des Konjunkturrückganges habe man aber auch die erhöhte Produktion voll absetzen können.

Das deutsche Solbawerk, Abteilung Wghlen (bei Lörrach) feiert in diesen Tagen das Fest seines 50jährigen Bestehens. Mit der Erstellung der deutschen Solbawerke kam die erste Ammoniak- und Solbafabrik nach Deutschland.

Wahl in den Generatrat der Reichsbank. In der Sitzung des Generatrates der Reichsbank vom Montag sind nach dem Ausscheiden der ausländischen Mitglieder die zu wählenden drei deutschen Mitglieder des Generatrates hinzugewählt worden, wodurch die gesetzlich festgelegte Zahl von 10 Mitgliedern erreicht ist. Es wurden gewählt der Vizepräsident der Reichsbank, Drehs, der Fabrikant Georg Müller in Dersinghausen, und F. von Flemming in Badzig. Sämtliche Wahlen sind nach der gesetzlichen Vorschrift noch der nachträglichen Bestätigung durch die deutschen Anteilseigner der Reichsbank.

Staatsanzeiger

Der bayerischen Landesverband des katholischen Frauenbundes in München wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 27. September 1930. Der Minister des Innern. J. V. Weigel.



So wird der Kaffee weite Strecken getragen . . .

von der Pflanzung bis zum nächsten Sammelplatz. Besonders die kostbaren Hochgewächse werden oft unter großen Schwierigkeiten geerntet. Keine Mühe wird gescheut, um solche wertvollen Hochgewächse aus über 4000 Fuß Höhe für Kaffee Hag, den koffeinfreien Bohnenkaffee zu gewinnen. Diese ausserordentlichen Qualitäten bestimmen den hervorragenden Geschmack und das Aroma des Kaffee Hag, die sein großer Vorzug sind. Die andere bedeutsame Eigenschaft des Kaffee Hag ist sein Wert für die Gesundheit: Er ist koffeinfrei und verursacht keine Schlafstörungen, kein Herzklopfen, keine nervöse Erregung, keine Nierenreizung. Kaffee Hag ist vollkommen unschädlich. Mehr Genuß und gute Gesundheit durch Kaffee Hag.



Ausstellung „Die Hauswirtschaft“

in der Städtischen Ausstellungshalle Karlsruhe vom 27. September bis 5. Oktober 1930
veranstaltet vom Karlsruher Hausfrauenbund e. V.



1865



1930

65 Jahre Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

8.608

25 000 Familien

8 Millionen Jahresumsatz

53 Abgabestellen

Aufnahme frei!

Beitrittserklärungen in allen Abgabestellen

Aufnahme frei!

„Oranier“
Dauerbrand-Öfen
in jeder Größe und Ausführung
„Frank-Umbach“-Dampf-Töpfe
der ideale Dampf-Kochtopf, seit über
70 Jahren vielhunderttausendfach bewährt
Besuchen Sie bitte Platz Nr. 35 u. 36

Bender & Co. GmbH
Amalienstr. 25,
Ecke Waldstraße
Fernspr. 244/245

Frau und Gegenwart
vereinigt mit Neue Frauenkleidung und Frauenkultur

Die Zeitschrift der
gebildeten Frau

27. Jahrgang
Monatlich 2 Hefte, vierteljährlich 4,80 RM.

Verlag G. Braun in Karlsruhe i. B.

Kaufen Sie beim Fachmann

**Tapeten
Linoleum
Steinholzausführungen**

Fritz Merkel
Kreuzstraße 25 • Telefon 2586

Rheinische Kohlen- und
Brikett-Gesellschaft **Mülberger m. b. H.**

Kohlen — Koks — Briketts — Grude — Brennholz

Kontor:
Amalienstraße 25, Ecke Waldstraße
Telefon 244, 245, 1572

Der wirtschaftlichste Brennstoff
für Zentralheizungen, Etagenheizungen, Zimmeröfen
und Herdfeuerungen ist der erstklassige

Kammerofenbrechkoks
des GASWERKS KARLSRUHE

Bestellungen: Amalienstr. 83 pt., am Kaiserplatz, Fernspr. 5350-5358 u. 3343, Schlachthofstr. 3, Fernspr. 6560-6562

Die gediegene
Wäsche- und Betten-Aussteuer

nur von
CHRIST. OERTEL
Kaiserstraße 101-103 • Telefon 217
Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Ausverkauf

wegen
Geschäftsverlegung



Eisenhardt
Damenmoden
Kaiserstraße 50 a, Ecke Adlerstraße

Städtische (Öffentliche) Sparkasse Oberkirch.

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen:	RM	Schulden:	RM
1. Kassenbestand	24 359,68	1. Spareinlagen	2 362 754,36
2. Bei Bad. Kom. Landesbank u. anderen Banken	237 442,99	2. Giroeinlagen	149 923,69
3. Wertpapiere	47 000,—	3. Aufgew. Spareinlagen	740 106,90
4. Wechsel	62 129,13	4. Anlehenskapitalien	17 677,15
5. Darlehen a. Hypotheken	1 296 750,—	5. Ausgaberrückstände	8,10
6. Darlehen in lfd. Rechnung an Private	340 594,09	6. Rücklagen	123 016,62
7. Darlehen a. Schuldschein	403 820,—	7. Reingewinn im Jahre 1929	13 839,64
8. Darlehen an Gemeinden	31 347,—		
9. Sonst. Kapitalanlagen	122 473,59		
10. Aufwertungskapitalien	504 612,14		
11. Aufwertungs-Abrechnungskonto	164 263,26		
12. Einnahmerückstände	72 059,89		
13. Stückzinsen	10 000,—		
14. Grundstücke u. Gebäude	80 432,—		
15. Gerätschaften	10 012,70		
Summe	3 407 326,46	Summe	3 407 326,46

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 2 512 678,05 RM Einlagen = 201 014,24 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 136 856,26 RM
Somit weniger 64 157,98 RM

Oberkirch, den 24. September 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Fellhauer.

Der Geschäftsleiter:
F r ü h e

Kommundarlehen
vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMANN
Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Bei der Stadtgemeinde Müllheim (Baden) ist sofort die Stelle eines

Schubmanns

zu besetzen. Verlangt wird erfolgreicher Besuch der Polizeischule oder Mindestdienstzeit von 5 Jahren bei der staatlichen Polizei oder Gendarmerie. Besoldung nach Gruppe IV der städtischen Besoldungsordnung. Bewerbungen sind bis spätestens 15. Oktober 1930 an den Gemeinderat zu richten. Die Stelle ist den Versorgungsanwärtern vorbehalten.

M ü l l e i m, den 29. September 1930.
Bürgermeisteramt.

Karlsruhe. Q.915
Güterrechtsregister-einträge.

1. Band I Seite 476. Erhardt, Oskar, Apotheker, Karlsruhe, und Emilie genannt Milch geb. Graf. Vertrag vom 27. August 1930. Erziehungsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau.
2. Seite 477. Schmidt, Franz, Malermeister, Sagsfeld, u. Verla Frieda geb. Kumm. Vertrag vom 23. August 1930. Erziehungsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau.

28. 9. 1930.
Amtsgericht Karlsruhe.

Die Stadtrechnerstelle

in Waldkirch i. Brg. (ca. 5700 E.) ist zu besetzen
Verlangt wird neben genauer Kenntnis des Gemeindefinanzwesens praktischer Sinn für rationelles Arbeiten und Wirtschaften. Bewerbungen mit handschriftlichem Lebenslauf, Zeugnissen, Ausbildungen- und Beschäftigungsnachweisen sowie mit Angabe der Gehaltsansprüche sind einzureichen bis 8. Oktober 1930.
Waldkirch, 27. Sept. 1930. Der Gemeinderat

Q.916. Karlsruhe. Im Konkursverfahren Otto Haug, Hauptmann a. D., früher in Karlsruhe, ist zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin bestimmt auf: Mittwoch, den 22. Oktober

1930, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 3. Stod, Zimmer Nr. 246. Karlsruhe, 25. Sept. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 3.

Q.917. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Haus Köhlin, Fr. Bastian & Co., offene Handelsgesellschaft in Karlsruhe, Ritterstr. 5, wurde heute vormittags 10 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Sudele hier, Kaiserstr. 140. Konkursforderungen sind bis zum 20. Oktober 1930 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines

Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entscheidung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am: Freitag, dem 24. Oktober 1930, vormittags 10 Uhr vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 2. Stod, Zimmer Nr. 139. Bei Gegenständen der Konkursmasse bezieht oder zur Masse etwas schuldet, darf nicht mehr an den Gemeinsschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 20. Oktober 1930 anzuzeigen.
Karlsruhe, 27. Sept. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.



Badisches Landestheater
Mittwoch, 1. Oktober 1930
*B3. Th.-Gem. 1001-1100

Falkaff
Lyrische Komödie von Verdi
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Blant, Effelsgröth, Grünwald-Seyfert, Haberfort, Kalnbach, Kiefer, Höfer, Rentwig, Derner, Schuster.
Anfang 20 Ende 22%,
Preise C (1-7 RM)
Do, 2. Okt.: Säger, Saive, Feonie und tiefere Bedeutung.
Fr, 3. Okt.: Die Prinzessin und der Eintäger.
Sa, 4. Okt.: Die Nibelungen III. Abteilung.
So, 5. Okt.: Tamphüser. Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Wann kommt du wieder?
Mo., 6. Okt.: Mississippi.